



Javier Solana Der ehemalige Nato-Chef hat Reiseprobleme.
Von Stephan Israel

Unerwünscht im Trump-Land

Auch einem ehemaligen Nato-Generalsekretär kann es in der Ära von Donald Trump passieren, dass ihm die Einreise in die USA verweigert wird: Javier Solana ist das prominenteste Opfer der amerikanischen Reiserestriktionen. Der Spanier wollte sich wie jeder Besucher der USA über die automatisierte Onlineplattform die elektronische Reisegenehmigung (E-Visa) beschaffen und sah seinen Antrag abgewiesen. Der Grund: mehrere Reisen in den Iran.

«Es ist eine etwas lächerliche Entscheidung», sagte der 75-jährige Politiker einem spanischen Fernsehsender. Es müsse möglich sein, dass Leute weiterhin in schwierige Länder reisen und Verhandlungen führen könnten. Javier Solana hat schon einiges erlebt und eine erstaunliche Karriere hinter sich. Die schwarzen Listen und die Abschottungspolitik von US-Präsident Donald Trump dürften ihn also nicht schrecken. Die Zeit der Franco-Diktatur verbrachte er teilweise ausserhalb der Heimat. Nach dem Ende der Diktatur wurde er Aussenminister der ersten sozialistischen Regierung unter Felipe Gonzales.

Einst ein deklariertes Nato-Gegner, wurde er 1995 Chef der westlichen Allianz in Brüssel. In seiner Ära fiel der Entscheid für den ersten Militäreinsatz des Bündnisses. Es ging damals darum, den Jugoslawienkonflikt zu stoppen. Danach wurde Solana der erste EU-Chefdiplomat und Hohe Beauftragte für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik. Es war in dieser Zeit, als er den Spitznamen «fliegender Spanier» verpasst bekam: Solana versuchte mit persönlichen Kontakten und intensiver Reisediplomatie die EU als Friedensmacht zu etablieren. So gehörte er auch zu den frühen Architekten des Atomabkommens mit dem Iran, das Donald Trump im Frühjahr zum Entsetzen der Europäer aufgekündigt hat.

Solana ist auch nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik in den Iran gereist, zuletzt 2013 für die Amtseinführung des Reformpräsidenten Hassan Rohani. Für EU-Bürger reicht es normalerweise, wenn sie bis zu 90 Tage vor USA-Reisen auf der E-Visa-Plattform das Onlineformular ausfüllen. Wer allerdings zuvor im Iran, im Irak, im Sudan, im Jemen oder in Syrien war, muss sich in einem komplizierten Verfahren um ein Visum bemühen.

«Sollen die EU-Staaten nun US-Präsident Trump im Juli die Einreise nach Europa verweigern, weil er Nordkoreas Diktator Kim Jong-un getroffen hat?», empören sich die Sozialisten im EU-Parlament. Dem ehemaligen Nato-Chef ist der Wirbel um die Einreiseverweigerung selber eher unangenehm. Weil sein Antrag abgelehnt wurde, konnte Solana nicht wie geplant an einem Anlass einer konservativen amerikanischen Denkfabrik in Washington teilnehmen. Er will sich jetzt um ein Visum bemühen. Schliesslich müsse er als Dozent an mehreren Universitäten regelmässig in die USA.

Gastbeitrag Die Auswertung der Handydaten von Asylsuchenden, die ihre Identität nicht offenlegen, ist legitim: Der Staat hat ein Recht, zu wissen, wer Schutz sucht. Von Beat Stauffer*

Sein Handy, seine Identität

Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass eine Person, die in der Schweiz um Schutz nachsucht, ihre Identität offenlegt. In der Praxis aber ist die Identifikation von Asylsuchenden ein grosses Problem. Nur einer von vier Asylsuchenden legt heute der Schweiz Papiere vor, mit denen er sich zweifelsfrei ausweisen kann. 75 Prozent erklären, sie hätten ihre Ausweise verloren oder sie seien ihnen gestohlen worden.

Dies ist sicher häufig der Fall. Doch heute verfügen fast alle Migranten über ein Handy. Damit lassen sich Pässe vor der Flucht fotografieren. Ersatzdokumente können auch nach der Flucht problemlos eingescannt und über die Kontinente verschickt werden. Es ist heute somit sehr viel einfacher, seine Identität zu belegen - sofern man dies denn will.

Sehr viele Migranten und Flüchtlinge lassen aber ihre Dokumente auf dem Weg nach Europa bewusst verschwinden. Sie verstecken sie oder geben sie Drittpersonen zur Aufbewahrung. Sie verschleiern ihre Identität, weil sie sich dadurch eine bessere Chance auf Asyl ausrechnen. Oder sie wollen eine Verlängerung ihres Aufenthalts in der Schweiz erzwingen.

Viele täuschen die Behörden bewusst (mit falschen oder falsch geschriebenen Namen) und stellen zudem in mehreren Ländern Asylgesuche. Der Attentäter von Berlin, Anis Amri, zog mit 14 verschiedenen Identitäten durch Europa, bevor er mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge raste. Schon aus Sicherheitsgründen müssen die Behörden heute wissen, wer die Menschen sind, die in der Schweiz um Asyl ersuchen.

Teure Abklärungen

Nun lässt sich mit linguistischen Analysen und akribischen Abklärungen einiges herausfinden. Doch der Aufwand ist gigantisch, vor allem bei der Abklärung der Identität abgelehnter Asylbewerber, deren Heimatländer bestreiten, dass es sich um ihre Staatsangehörige handelt. Rückführungen werden so massiv erschwert. Zudem sind solche Untersuchungen teuer. Das Geld wäre für die Betreuung von Asylsuchenden oder für Nothilfe in den Herkunftsländern besser eingesetzt.

Es gibt nur eines: Asylsuchende müssen bei Einreichen ihres Gesuches Dokumente vorlegen, anhand derer sie sich eindeutig identifizieren lassen. Verfügen sie, aus welchen Gründen auch



Immer dabei: Ein Flüchtling im Bundesasylzentrum Embrach am Handy. Foto: Urs Jaudas

immer, nicht über solche Papiere, müssen sie sich bei Familienangehörigen in ihrer Heimat Ersatzdokumente einscannen und zustellen lassen: Geburtsurkunden, Papiere der Eltern, den Führerschein oder Ähnliches.

Dies ist heute nur noch selten ein Problem. Selbst Grossmütter in Senegal oder alte Männer in Mali besitzen ein Handy. In den meisten Fällen dürften sich anhand dieser Ersatzpapiere zumindest das Herkunftsland sowie der richtige - und korrekt geschriebene - Name herausfinden lassen. Für relativ seltene Fälle, in denen die ganze Verwandtschaft auf der Flucht ist oder nicht mehr lebt, braucht es Ausnahmeregelungen.

Wer sich weigert, bei seiner Identifikation mit den Behörden zu kooperieren, der soll in Zukunft gezwungen werden, seine Handydaten zur Auswertung zur Verfügung zu stellen. So will es die staatspolitische Kommission des Nationalrats. Das macht Sinn, weil sich so mit geringstem

Aufwand eine weitgehende Identifikation vornehmen lässt. Zwar handelt es sich dabei in der Tat um einen Eingriff in die persönliche Freiheit der Asylsuchenden. Er betrifft aber nur diejenigen Personen, die eine Zusammenarbeit mit den Behörden verweigern und nicht von sich aus ihre Identität offenlegen.

Flüchtlingshilfe schadet Flüchtlingen

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe bezeichnet diese Auswertung der Handydaten als «unverhältnismässigen Eingriff in die Privatsphäre» und argumentiert, damit würden Asylsuchende unter einen Generalverdacht gestellt. Damit bringt sie im Grunde zum Ausdruck, dass sie an einer raschen Identifikation von Asylsuchenden nicht wirklich interessiert ist. So schadet die Flüchtlingshilfe ausgerechnet den echten Flüchtlingen.

* Beat Stauffer ist Journalist und Publizist mit den Spezialgebieten Migration und Maghreb.

Besiedlung Die Schweiz verschwendet, wovon sie so wenig hat: Land. Dagegen hilft nur ein neues Bekenntnis zur Grossstadt. Von Beat Metzler

Eine zweite Gründerzeit

Die Schweizer, so scheint es, lieben das Pendeln - so wie sie das Bierbrauen lieben oder das E-Biken. All das tun sie Jahr für Jahr mehr.

Dass man in der Schweiz beruflich immer häufiger unterwegs ist, hat allerdings andere Gründe als Begeisterung. Seit längerem werden viele Wohnungen dort gebaut, wo es wenig Arbeit gibt (in ländlichen Regionen). Dort, wo sich die Jobs ballen, fehlt es wiederum an Wohnungen (in den Städten). Dieses Ungleichgewicht schafft mehr Verkehr. Eine «Mobilitätsmaschine» nennt es die ETH-Forscherin Sibylle Wälti.

Eine solche Mobilitätsmaschine verbraucht fossile Energie und menschliche Zeit, sie frisst Raum, Geld und Nerven. Um sie zu bremsen, gibt es zwei Wege: Man verschiebt die Arbeitsplätze an den Rand. Oder man holt die Wohnungen, welche die wachsende Schweiz benötigt, ins Zentrum.

Variante eins wird bereits eifrig verfolgt. Die meisten Gegenden mit Wohnungsüberschuss versuchen, neue Unternehmen anzulocken. Oft mit mässigem Erfolg. Die Konkurrenz durch die Städte, allen voran Zürich, ist gross.

Der Vorsprung der Grossstadt

Zürich hat gegenüber ländlichen Regionen zwei Vorteile: Bildung und Urbanität. Ehrgeizige junge Menschen strömen schon immer in die Metropolen. Dort lockt das Abenteuer - und der Abschluss an einer Hochschule. Neu ist, dass sie auch nach dem 30. Geburtstag in der Stadt bleiben und nicht abwandern aufs Land.

Dahinter steht ein Gesinnungswandel: Lange galten Städte als einengend. Heute wird urbane Gedrängtheit als Luxus geschätzt. Das schafft eine völlig neue Ausgangslage.

Dass sich Junge mit guter Ausbildung in «Schwarzstädten» sammeln, entspricht einem internationalen Trend. In Zürich hat sich der Anteil an Hochschulabsolventen während der letzten 15 Jahre von einem Drittel auf die Hälfte erhöht. Gleichzeitig verjüngt sich die Bevölkerung.

An solchen Orten finden viele Unternehmen die fähigsten Arbeitskräfte. Deshalb gefällt es Google in Zürich, obwohl die Firma in Schaffhausen weniger Steuern zahlen müsste. Diesen Grossstadt-Vorsprung können die kleinen Städte nur schwer aufholen. Arbeitsplätze lassen sich ohne Zwang also kaum umverteilen.

Es bleibt die zweite Bremsstrategie: mehr Bewohner für Zürich. Auch da wird viel getan. Schon lange ragen mehr Kräne über die Zürcher Dächer als Kirchtürme. Seit 1997 hat die Stadt 65 000 Menschen aufgenommen. Doch das reicht bei weitem nicht, da gleichzeitig mehr Jobs ent-

standen sind. Heute pendeln gut 200 000 Menschen in die Stadt, viele von ihnen würden wohl auch gerne dort leben. Damit sie und ihre Angehörigen alle Platz fänden, brauchte Zürich Wohnraum für rund 400 000 weitere Menschen.

Theoretisch liesse sich das leicht erreichen. Im europäischen Städtevergleich ist Zürich eher locker besiedelt. Es genügt, alle Quartiere ähnlich zu bebauen wie die Kreise 3, 4 oder 5. Ausserdem gibt es rundherum viel freies Land.

Das 19. Jahrhundert machte es vor

Wie ein Urbanisierungsschub gelingen kann, führte Zürich Ende des 19. Jahrhunderts vor, als es innert weniger Jahrzehnte vom beschaulichen Städtchen zur Industriemetropole aufschoss. Die damals hochgezogenen Viertel gehören heute zu den beliebtesten Wohngebieten.

Die Rezepte aus der Gründerzeit lassen sich nicht direkt übernehmen. Aber das damalige Bekenntnis zur Stadt bleibt vorbildlich. Es umfasst die Einsicht, dass eine enge Bebauung nicht böse ist; dass sie vielmehr lebenswerte Räume schafft, wenn man sie nur geschickt gestaltet. Rund um Zürich sind gerade mehrere Siedlungen in diesem Geist entstanden - das Richti- und das Zwicky-Areal, der Glattpark. Noch stehen sie ziemlich einsam da.

Auch die Restschweiz sollte ein Millionen-Zürich fördern. Es sorgte dafür, dass die Landschaft nicht weiter zugestellt wird mit Blöcken, auf die keiner gewartet hat; dafür, dass die Autobahn-Staus nicht jedes Jahr länger werden; dafür, dass die Schweizer das Pendeln zurückfahren können und mehr Zeit erhalten für anderes, zum Bierbrauen etwa oder zum E-Biken.



Beat Metzler
Redaktor Seite 3 und Debatte